

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Anschlag Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 223 Donnerstag, den 24. September 1925 20. Jahrgang

Die Prager Presse zu einem deutsch-tschechoslowakischen Sicherheitspakt.

Prag, 22. Sept. Zur Erklärung der tschechoslowakischen Verhandlungsbereitschaft über einen Schiedsgerichtsvertrag mit Deutschland schreibt die „Bohemia“, die tschechoslowakische Außenpolitik werde niemals durchsetzen können, daß Deutschland sich selbst, und daß es die Deutschen im Auslande neuerlich verleugne. Das Blatt ist der Meinung, daß „das Gespenst der zahlreichen den Sudetendeutschen zugesägten Ungerechtigkeiten mit Stresemann und Beneš im Verhandlungszimmer sein würde“. Beneš fordere von Deutschland mehr als eine bloße Formalkritik, er verlange, daß Deutschland die Deutschen in der Tschechoslowakei vertrauensvoll und freiwillig diesem Staate überlasse. Das sei ungenauer viel verlangt.

„Československá republika“ erklärt, die Deutschen in der Tschechoslowakei und die Deutschen im Reich seien gewiß ein Volk, aber der Völkerverbundpakt werde Deutschland genügend Gelegenheit geben, auf legale Weise sein Interesse an den Sudetendeutschen zum Ausdruck zu bringen. Und davor brauche sich die Tschechoslowakei nicht zu fürchten.

Im „Československo“ heißt es, der tschechoslowakische Vorschlag möge Deutschland, die Karten auszuweichen. Deutschland könne nicht nein sagen, da es sich sonst kompromittieren würde. Wenn die Tschechoslowakei von Deutschland verlange, daß der Westpakt durch einen Schiedsgerichtsvertrag mit der Tschechoslowakei gestärkt werde, dann handele sie loyal gegenüber ihren Verbündeten. Mit diesem Problem gerate man aber bereits in den Komplex der Fragen und die tschechoslowakische Außenpolitik habe ausdrücklich erklärt, daß sie ihr Verhältnis zum Osten ebenso zu regeln wünsche, wie das Verhältnis zum Westen geregelt sei. Diese Angelegenheit müsse vom Standpunkt der Weltpolitik und nicht bloß unter lokalen Gesichtspunkten beurteilt werden.

„Morobni listy“ sieht kein Hindernis, die tschechoslowakisch-deutschen Verhandlungen gleichzeitig mit den Garantiepaktverhandlungen abzuwickeln. Das tschechoslowakische Angebot ermögliche dies. Wenn die Tschechen auch bereit seien, die Selbstständigkeit und Unverletzbarkeit ihres Staates mit den Waffen zu verteidigen, so zögen sie doch ein friedliches Zusammenleben dem Kriegszustand vor. Wenn die Politik Deutschlands und die der Tschechoslowakei häufig verschiedene Wege gegangen seien, so sei das offizielle Verhältnis beider Staaten hierdurch doch nicht betroffen worden. Das Angebot der Tschechoslowakei an Deutschland entkräftete den Vorwurf, daß die französische Orientierung der

Tschechoslowakei deutschfeindlich sei. Deutschland sei jetzt vor die Notwendigkeit gestellt worden, vor der Welt das wahre Wesen seines Garantiepaktvorschlages kundzutun. Freilich wisse man nicht, ob das ganze deutsche Volk sich durch die Unterschrift seiner Regierung gebunden fühlen werde. Es sei nicht ratsam, den bevorstehenden Vertrag zu überschätzen, aber in seiner moralischen Bedeutung dürfe man ihn gewiß nicht unterschätzen.

„Morobni listy“ stellt zunächst die Fragen: Wird Deutschland, dessen innenpolitische Situation durch den Austritts Vertrag aus der Zentrumstraktion des Reichstages charakterisiert werde, den Garantiepakt auch einhalten? Wird nach Abschluß des Westpactes die tschechoslowakisch-französische Allianz aufrecht erhalten werden, und wird Frankreich der Tschechoslowakei im Fall eines deutschen Angriffes über das Rheinland zu Hilfe kommen können? Wenn ein deutsch-tschechoslowakisches Schiedsgericht die Tschechoslowakei vor einem Angriff Deutschlands sichern soll, dann müßte, so schließt das Blatt, dieser Vertrag anders aussehen, als ihn Deutschland anbiete.

„Morobni listy“ schreibt, eine Wirtschaftskombination zwischen Frankreich, Deutschland, Oesterreich und der Tschechoslowakei und eventuell noch anderen Staaten, würde den Beginn einer europäischen Konföderation darstellen. Voraussetzung wäre die Gewährung von Vorzugsstellungen im Vertrag zwischen Oesterreich und den Nachfolgestaaten, ähnliche Abmachungen mit Deutschland und Frankreich, Verzicht Englands auf Meistbegünstigung gegenüber jenen Ländern, welche Oesterreich Vorzugsstellung gewähren, und Ergänzung dieser Wirtschaftskombination durch Garantie- und Schiedsgerichtsverträge mit Deutschland.

„Benkov“, das ein weiteres Verbleiben der führenden Mitglieder der französischen Militärmission in der Tschechoslowakei wünscht, meint, es gebe schwerlich zwei Staaten, welche trotz erheblicher geographischer Trennung durch Tradition und gemeinsame Lebensinteressen fester verbunden seien als Frankreich und die Tschechoslowakei. Die zielbewußte und opferwillige Freundschaft beider Nationen habe sich bereits so sehr freigeigt, daß sie von der großen oder geringen Fähigkeit irgendeiner Regierung oder dem Stimmungswechsel Einzelner nicht abhängig sei. Immer werde man leicht zum Einverständnis in allen Richtungen des gemeinsamen Interesses gelangen.

Der Kampf um den Reichswirtschaftsrat.

Seitdem der vorläufige Reichswirtschaftsrat besteht, hat sich immer wieder eine zum Teil recht lebhaft Kritik mit seinem Dasein, seiner Form und seiner Arbeitsmethode beschäftigt. Als man dieses „Parlament der Wirtschaft“ seinerzeit schuf, geschah das unter anderem zu dem Zwecke, die Arbeiter mit den Vertretern der Unternehmer und der andern in Frage kommenden Erwerbskategorien zu möglichst positiver Arbeit im Interesse des Volksganges zusammenzufassen. Dieses Ziel war auch in der Reichsverfassung festgelegt worden und der Reichswirtschaftsrat sollte berufen sein, wirtschafts- und sozialpolitische Fragen auf Grund von Vorschlägen der Land- und Forstwirtschaft sowie der Industrie, 44 Vertreter des Handels-, Bank- und Versicherungswesens, 38 Vertreter des Handwerks, 34 Vertreter der Verbraucherschaft, 16 Vertreter des staatlichen und privaten Beamtentums und der freien Berufe und schließlich 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei. Maßgebend war vor allem der Wunsch, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichwertig heranzuziehen. Außerdem hatten Reichsrat und Reichsregierung noch das Recht zur Ernennung von je 12 Mitgliedern. So kam es, daß der Reichswirtschaftsrat sich in der Tat als ein zahlenmäßig durchaus vollständiges Parlament präsentierte, aber seine Gegner vertraten gerade aus diesem Grunde auch wieder den Standpunkt, daß diese große Zahl von Mitgliedern ungerechtfertigt sei und Ausgaben verursache, die sich nicht begründen ließen. Aber auch von den Freunden des Reichswirtschaftsrates wurde dauernd nach dem endgültigen Gesetz gerufen, welches aus dem vorläufigen einen endgültigen Reichswirtschaftsrat machen sollte.

Die Dinge sind jetzt soweit gediehen, daß über die Umwandlung wenigstens schon ein sogenannter Referentenentwurf des Reichswirtschaftsministeriums vorliegt, über den der Reichswirtschaftsrat sich nun zunächst einmal selber gutachtlich zu äußern haben wird. Es werden sehr interessante Verhandlungen werden, denn das Reichsarbeitsministerium schlägt ganz erhebliche Veränderungen vor.

So soll vor allem die Mitgliederzahl von 326 auf insgesamt 126 Mitglieder herabgesetzt werden. Falls es sich aber jeweils um die Behandlung von Spezial-Fragen handelt, dann sollen Sachverständige hinzugezogen und für die Zeit ihrer Mitarbeit „temporäre“ Mitglieder des Rates werden. Bei der Auswahl dieser Kategorie von Mitgliedern soll der Reichswirtschaftsrat freie Hand haben. Der Entwurf bestimmt weiter eine Vermehrung der bestehenden drei Abteilungen auf vier. In den ersten beiden Abteilungen sind die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in der dritten die Genossenschaften und Gemeinden und in der vierten, je zur Hälfte vom Reichsrat aus den Ländern und Provinzen und von der Reichsregierung auf Grund ihrer bisherigen beruflichen Tätigkeit berufen, zwei weitere Mitglieder-Gruppen. Von dieser letzten Gruppe abgesehen, werden die Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates von den großen Wirtschaftsgruppen und Verbänden, wie der Vereinigung der Arbeitgeber, des Reichsverbandes der deutschen Industrie, der Industrie- und Handelskammern und der Gewerkschaften vorgeschlagen und von der Reichsregierung nur bestätigt. Das Mandat dauert sechs Jahre bevor die Mitglieder neu berufen und vorgeschlagen werden. Nach einer Uebergangszeit scheidet also alle zwei Jahre ein Drittel der Mitglieder aus. Es gibt ferner noch eine Ehrengleichung und vor allem als ständigen Ausschuss einen Enquete-Ausschuss zur Klärung der tatsächlichen Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten.

Man sieht, daß dieser vorläufige Entwurf zum Mittelpunkt eines recht regen Kampfes werden wird. So, wie das Gesetz jetzt vorliegt, wird es ganz sicher nicht verabschiedet werden. Bereits jetzt meldet sich die Kritik mit den verschiedensten Einwänden. Man sagt zum Beispiel, daß die Vorgänge einen offensichtlich Versuch zur Bürokratisierung des Reichswirtschaftsrates darstelle. Man weist darauf hin, daß die Abteilungen ihre Vorstehenden selber wählen, während in Zukunft an die Stelle des gewählten Vorstehenden der Beamte treten soll. Der Reichswirtschaftsrat aber soll ja doch die Selbstverwaltung der einzelnen Stände verkörpern. Wie man aber auch im Einzelnen sehen mag, wird man zugeben müssen, daß wenn wir überhaupt ein Wirtschaftsparlament haben sollen, die Selbstständigkeit seiner Arbeitsorganisation gewahrt sein muß. Ein bloßes Exekutiv-Organ der Reichsregierung ist nicht von Nutzen, wir leiden so wie so schon genug an Ueberorganisation. Es darf aber nicht darüber auch nicht verschwiegen werden, daß die jetzt einsetzende Erörterung des kommenden Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat auch grundsätzlich die Frage behandelt wird, ob ein solches Parlament neben dem Reichstag tatsächlich noch zu rechtfertigen ist. Gegner und Freunde werden einander aufs heftigste bekämpfen und von den Gewerkschaften läßt bereits eine Kampfansage an das Reichsarbeitsministerium und gegen den Entwurf vor.

China vor neuen Unruhen.

New York, 22. Sept. Die innenpolitische Situation in China verschärft sich scheinbar mit jedem Tage. Die bisher vorliegenden Meldungen stimmen darin überein, daß sowohl Fong-Hou-Siang als auch Tschang-Tsai-Ein Truppen zusammenziehen. Weidert Ziel soll es sein, Peking noch vor dem Zusammentritt der geplanten Konferenz zu besetzen.

Dabei wird festgestellt, daß Fong kürzlich größere Waffenbesetzungen, einschließlich Tanks und Flugzeuge, über Unga von Rußland bezogen hätte.

Als dritte Partei erscheint W-Pei-Fu wieder, ohne daß jetzt schon zu erkennen wäre, auf welcher Seite er sich schlagen wird.

Kenner der chinesischen Situation erwarten die ersten Zusammenstöße spätestens nächsten Monat.

Genf, 22. Sept. Die Völkerverbundversammlung beschäftigte sich heute zunächst mit der Lage in China. Der chinesische Gesandte in London Chao-Ssin-Chu legte in kurzen Ausführungen die gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten zwischen den chinesischen Behörden und der chinesischen Bevölkerung einerseits und den Ausländern andererseits dar. Hierauf nahm die Versammlung ohne weitere Diskussion eine Resolution an, in der dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß die demnächst in China zusammentretende Vollkonferenz die bestehenden Konflikte beseitigen möge.

Belgisch-deutscher Grenzverkehr.

Brüssel, 22. Sept. Wie über die Erleichterung des luxemburgisch-deutschen Kleinen Grenzverkehrs schweben auch Verhandlungen über die Erleichterung des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Eupen-Malmédy und Deutschland. Die Tatsache, daß die erleichterte Ausfuhr nach Deutschland, die Eupen-Malmédy bis zum 1. Mai d. J. gemessen hat, aufgehört hat und daß der neue deutsche Zolltarif am 1. Oktober in Kraft tritt, wird den Handelsverkehr zwischen den neuen belgischen Gebieten und Deutschland erschweren. Beifügung Erleichterung des

Grenzverkehrs und des Betriebsregimes der in der Grenzzone liegenden Werke wurde eine Kommission ernannt, in welcher auch Abgeordnete von Eupen-Malmédy tätig sind.

Die Stellung der Deutschnationalen zum Sicherheitspakt.

Berlin, 23. Sept. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ wissen mitzuteilen, daß die Deutschnationalen bereit seien, ihre Zustimmung zur Teilnahme Deutschlands an einer Ministerkonferenz über den Sicherheitspakt zu geben, wenn es sich bei dieser Zusammenkunft nicht um die endgültige Paktkonferenz, sondern lediglich um eine Ministerbesprechung handelt, auch der nach der Klärung der rechtlichen Seite in London nun die politische Klärung der Frage durch die Außenminister erfolgen sollte. Die eigentliche Entscheidung soll dann erst auf einer Schlusskonferenz fallen. Was die Klärung der Berliner Zone anbetrifft, so erinnert die „Tägliche Rundschau“ an die wiederholten Erklärungen des Reichsfinanz- und des Reichsaussenministers, daß ohne diese Klärung kein Abschluß der Verhandlungen denkbar sei. Zur Kriegsschuldfrage sei bereits in dem Völkerverbundmemorandum der deutschen Regierung vom September d. J. das Nötige gesagt worden.

Marokkorkriegsbericht.

Paris, 22. Sept. Habas meldet aus Fez über die Lage in Marokko: Angesichts der kühlen Temperatur, die seit einigen Tagen herrscht, konnten größere Langgruppen vorgenommen werden. Französische Flieger haben verschiedentlich, z. B. bei Larja, feindliche Truppenansammlungen erfolgreich beschossen. Die Gerüchte, daß ein feindlicher Versuch, die spanischen Linien zu durchbrechen, vorbereitet werde, bestärkten sich nicht.

Habas berichtet aus Tanger: Abd el Krim soll die Absicht haben, vor Lar en Karich und Elgerier die Offensive wieder aufzunehmen.

ung Abg...
fabrik
ster
en, Malgen
der pr...
schicht...
en
sfort
S.,
lauberes
hen
se schlafen
sfort
t.
ummer,
sifer,
Straße 40
mann
arenbr.,
per 15.
November
ung
r oder für
Angebot
an die
Blattes
4700".
erdienst
g eines
ätes.
für Waren
ordf. d.
I. 7935 an
Dresden.
il. schnell,
ber, mild,
u. fast alle
0007. bew.
Dad 1.50
weiche.
ter Raune
Einrichtu-
nach Hoch
was für
en Wiffen
den wir
nach dem
d. Oerim
in und 1.
ffel. Als
Sollman
Schach el
mit 6 in
ubi wir
änge an
es müße
ten Abel.
ndl mit
der wich
er Schuß
beßelt,
Wido ere
ften und
bo und
im Wa,
e Seuchl
ga a. K.

Bericht der Völkerver- sammlung.

Genf, 22. Sept. Die Völkerverversammlung er- lebte heute in rascher Folge neun Punkte der Tages- ordnung. Bedinglich der Bericht über die Minderheits- frage gab Anlaß zu einer Aussprache, an der sich Un- gary, Litauen, Estland, Lettland und die Schweiz teil- nahmen.

Ungary wandte sich gegen die Auffassung, daß er beabsichtigt habe, die Arbeiten des Völkerver- sammlungsrates in den Minderheitsfragen zu kritisieren, und erklärte, er habe auch keine Forderungen gestellt, sondern nur An- regungen zur Revision der Friedensverträge führen würde, müßte er entschieden zurückweisen. Die ungarische Delegation könne dem Bericht und der Resolution nur mit Vorbehalt beistimmen, solange die Anregun- gen der ungarischen Delegation keine Berücksichtigung finden. Die ungarische Delegation werde ihre Anregun- gen auf der nächsten Völkerverversammlung wieder vorbringen.

Estland entgegnete Ungary, daß dem Völkerver- sammlungsrat entsprechend der vorgelegten Resolution das gesamte Protokoll über die Minderheitsfragen vom poli- tischen Ausschuss der Völkerverversammlung zugehen werde, daß also der Völkerversammlungsrat sich auch mit den ungarischen Anregungen werde befassen müssen. In seiner Eigenschaft als Kommissionsmitglied gab er der Meinung Ausdruck, daß der Völkerversammlungsrat bestrebt sei, das Ver- fahren in strittigen Minderheitsfragen zu vervollkommen und daß er in diesen heißen, aber wichtigen Fragen von einer weitherzigen Auffassung befehle sei.

Auch die Schweiz wandte sich gegen Ungary mit der Bemerkung, daß der heute vorgelegte Bericht bei den Beratungen im politischen Ausschuss der Völkerver- sammlung bereits widerspruchlos und ein- stimmig angenommen worden sei.

Die Völkerverversammlung genehmigte sodann den Bericht und die Resolution über die Minderheits- frage, durch die, wie bereits gemeldet, die Arbeiten des Völkerversammlungsrates in den Minderheitsfragen vollkommen gebilligt werden.

Debatte wurde ferner die Resolution über einen dänischen Antrag auf Errichtung eines ständigen Schlichtungsausschusses beim Internationalen Gerichtshof

in Haag, dessen Beratung auf eine der nächsten Sa- zungen der Völkerverversammlung verschoben wird, und ein schweizerischer Antrag betreffs Anerkennung der Klausel über die obligatorische Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes in Haag, die nach Ab- lauf der ersten fünfjährigen Frist demnächst erneuert werden muß, angenommen. Motta-Schweiz betonte als Berichterstatter, gegenüber dem im Rechtsausschuss ge- äußerten Bedenken, daß nach der Auffassung der schwei- zerischen Delegation mit dieser letzteren Entscheidung keine allgemeine Forderung zur Anerkennung der obli- gatorischen Rechtsprechung des Internationalen Gerichts- hofes ausgesprochen sein soll, wenigstens jene 23 Staa- ten, die bereits die entsprechende Klausel unterschrie- ben haben, den anderen Staaten ein Beispiel gegeben hätten, durch das sie ebenfalls auf den richtigen Weg geführt werden können. Ueberzeugt, daß auf diesem Wege die Befriedung der Welt und die allgemeine Si- cherheit der Welt erreicht werden können, begrüße er jene Staaten, die sich bereits der obligatorischen Schlichtungsbarkeit unterworfen hätten.

In der heutigen Vormittagsitzung brachte sodann Montigny-Frankreich eine Resolution ein, in der Costa Rica in sehr schmeichelhaften Wendungen dazu auf- gefordert wird, die Erklärung seines Austrittes aus dem Völkerverbund, die vor einigen Monaten beim Völkerver- sammlungsrat eingegangen ist, zurückzunehmen. Die Resolution wird nach während dieser Tagung beraten werden. Ferner befaßte sich die Versammlung mit einer Entscheidung, die die chinesische Delegation vor acht Tagen im Hinblick auf die bevorstehende

Sollkonferenz in Peking eingebracht hat. Die Entscheidung, die in ihrer ur- sprünglichen Form den interessierten Mächten diese Ver- handlungen unter Berücksichtigung des Artikels 19 des Völkervertrages empfahl, mußte viermal zurückgezogen und umgearbeitet werden, um die Widerstände zu über- winden, die sich gegen den chinesischen Antrag geltend gemacht hatten.

Zu der heute angenommenen ziemlich farblosen Fassung der chinesischen Resolution erklärte Chao-Hsin- Chu (China), eine Sollkonferenz mit China bietet zum erstenmal die Gelegenheit zur praktischen Anwendung des Artikels 19 des Völkervertrages. Wenn die Soll- konferenz diesen Artikel berücksichtige, und die unan- wendbar gewordenen Verträge mit China nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit erneuert würden, so würde damit gleichzeitig das An- sehen des Völkervertrages im Osten eine starke Förderung erfahren. Unter Berufung auf Artikel 19 richtete er an den Völkerverbund die Bitte, China seine moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Eine weitere Resolution in bezug auf die Arbeiten des Völkervertrages empfiehlt sämtlichen Regierungen, sowohl den Mitgliedern als auch den Nichtmitgliedern des Völkervertrages die Benutzung der statistischen Wasser- tabellen, die der Internationalen Konvention zur Kon- trolle des Waffenhandels als Anhang beigegeben sind und durch die die statistischen Arbeiten des Völkerver- trages über den internationalen Waffenhandel vereinfacht werden sollen.

Die Völkerverversammlung genehmigte schließlich noch die bereits gestern gemeldete Resolution über die Tätigkeit der Mandatmächte, ferner einen Bericht über die Arbeit des Ständigen Völkervertragsausschusses für internationale geistige Zusammenarbeit und einen Be-

richt über die Arbeit des Ständigen Finanzausschusses des Völkervertrages. In dem Bericht über die interna- tionale geistige Zusammenarbeit wird mit Genugtuung von den Bemühungen Kenntnis genommen, die in zahl- reichen Ländern unternommen wurden, um die Ziele des Völkervertrages unter der Jugend bekannt zu machen. Die Kommission für geistige Zusammenarbeit wird beauf- tragt, verschiedene Anregungen, wie die Revision der Schulbücher hinsichtlich des Geschichtsunterrichts und der Verherrlichung des Krieges und die allgemeine Verbrei- tung guter Literatur aller Völker, wofür sie sich mit dem geistigen Ziele des Völkervertrages deckt und die Ju- gend in diesem Sinne erzieherisch beeinflussen kann, weiter zu verfolgen und eventuell einen Unterausschuss einzurichten, der für diese Anregungen ein gemeinsames methodisches Vorgehen festlegen könnte.

Aus dem Bericht über die Arbeit des Ständigen Finanzausschusses geht hervor, daß die griechische Re- gierung nach Aufnahme einer vom Völkerverbund be- stimmten internationalen Anleihe von zehn Milli- onen Pfund Sterling bereits in der Lage war, von 1,2 Millionen griechischen Flüchtlingen in den letzten Wo- chenden 700 000 in Griechenland anzusiedeln bzw. ander- weitig unterzubringen. Die Versammlung gibt in einer besonderen Resolution ihrer Genugtuung über diese Fortschritte Ausdruck, beglückwünscht den Finanzausschuss ferner zu seiner Mitwirkung bei der Auslegung einer Anleihe für den Ausbau des Tangier Hafens und spricht schließlich die Hoffnung aus, daß die für das nächste Jahr einberufene Konferenz von Steuerfachver- ständigen angefaßt der bereits unter mehreren Staaten erzielten Verständigung über die Doppelbesteuerung ein praktisches Ergebnis haben wird.

Die Völkerverversammlung tritt am Donner- stag zu ihrer nächsten Sitzung zusammen. Der Mitt- woch bleibt Kommissionsarbeiten vorbehalten, die haupt- sächlich den Arbeiten der Unterausschüsse des Rechts- ausschusses und des Ausschusses für Rüstungsfragen gelten und die Haltung der Völkerverversammlung zu den Problemen Schiedsgericht, Sicherheit und Ab- rüstung festlegen sollen.

Völkerverbunduntersuchung über die Ausweisung der Christen im Mossulgebiet.

Genf, 22. Sept. Die britische Delegation ersuchte den Rat des Völkervertrages, sobald als möglich den Briefwechsel über die Ausweisung von Christen aus dem Mossulgebiet in der Nähe der Brüsseler Linie zu prü- fen. Es liegen neue Mitteilungen über solche Vorkomm- nisse südlich der Brüsseler Linie vor. Die britische Re- gierung, heißt es, sei entschieden der Meinung, daß die Ausweisungen, ganz abgesehen von der humanitären Seite der Sache, zweifellos geeignet seien, den Status quo in jenen Gebieten zu beeinflussen. Das Vorgehen der Türkei sei zweifellos eine Verletzung des Artikels 3, Absatz 2 des Lausanner Vertrages. Es sei not- wendig, daß der Rat sich sofort überzeuge, ob die Ver- richte des Oberkommissars für den Irak auf Tatsachen beruhen. Um den gegenfälligen Anschuldigungen bis zur nächsten Sesssion, in der die Grenzfrage hoffentlich endgültig geregelt werde, ein Ende zu machen, ersucht die britische Delegation den Rat, sogleich Vertreter nach dem Gebiet der Brüsseler Linie zu entsenden.

Eine türkische Stimme zur Mossulfrage.

Angora, 22. Sept. Die offiziöse Zeitung „Haki- meti Milli“ erklärt zur Mossulfrage: Wir geben nicht vor den Haager Schiedsgerichtshof. Alle Beschlüsse, die darauf abzielen, unsere Rechte zu annullieren, werden bereits jetzt für null und nichtig erklärt. Es gibt heute eine wichtige und bewußte Türkei, die bereit ist, ihre kleinsten Rechte mit den schwersten Opfern zu verteidigen. Die englischen Staatsmänner verwechseln die Tür- kei mit den anderen Völkern des Orients und die Karte der Türkei mit der Afrika.

Die Lage in Syrien.

Paris, 22. Sept. Havas berichtet aus Beirut: Er- gänzende Nachrichten über die letzten Vorgänge in Sy- rien besagen, daß die Drusen gestern einen heftigen An- griff gegen die Stadt Hama südlich von Sweida un- ternommen haben, um die Pferde und die Munitionsb- bestände zu erbeuten. In den Straßen fanden erbite- rerte Kämpfe statt. Die Aufständischen erlitten eine schwere Niederlage. Sie verloren 500 Tote, ebenso viele Verwundete und mehrere Fahnen. Das fran- zösische Bataillon, das Hama verteidigte, verlor einen Offizier. Außerdem wurden 50 Mann verwundet. Am gleichen Abend wurde auch Sweida im Süden von den Drusen angegriffen, die jedoch zurückgeschlagen wurden, wobei auf französischer Seite ein Mann verwundet wurde. Vor Beginn der Operationen im Hama-Bezirk begab sich General Sarrail nach Damaskus, wo sich sein Hauptquartier befindet.

Ein Generalrat für Aufgabe französischer Kolonien.

Moulin, 22. Sept. Havas meldet: Der Genera- rat von Alger hat heute einen Antrag des Senats- regnier angenommen, durch den Regierung und Parla- ment aufgefordert werden, gewisse französische Kolo- nien aufzugeben, um dadurch die Steuerlast Frankreichs zu erleichtern.

5000 Mark Geldstrafe für einen französischen Flieger.

Wie mehrere Blätter melden, ist auf Grund des Befehles über den Luftverkehr vom Jahre 1922, welches das Ueber- fliegen deutschen Gebietes durch ausländische Privatflieger ohne Genehmigung verbietet, vom Gericht in Freiburg ein Strafbescheid von 5000 Mark gegen den im Hürtgen abge- lärten französischen Flieger Coste erlassen worden.

Die Vorarbeiten für eine Internationale Wirtschaftskonferenz.

Genf, 22. September. Der Technische Ausschuss der Völkerverversammlung beendete heute nachmittag die all- gemeine Aussprache über den von Loucheur-Frankreich einge- brachten Antrag zur Einberufung einer internationalen Wirt- schaftskonferenz. Der Ausschuss beschloß, daß ein Komitee eingesetzt werden soll, welches sich mit den vorbereitenden Arbeiten zur Einberufung dieser internationalen Wirtschaft- konferenz beschäftigen soll. Auf englischen Antrag soll jedoch den Regierungen bis zur nächsten Völkerverversammlung Zeit gelassen werden, den Plan näher zu prüfen. In diesem soll entsprechend einem weiteren Antrag Loucheurs der Rat bereits in seiner nächsten Session im Dezember das Komitee ernennen. Ferner sollen bis dahin die technischen Organi- sationen des Völkervertrages und das Internationale Arbeits- amt dem Rat die notwendigen Unterlagen für die Aufnahme der Vorarbeiten liefern. An der Aussprache, die allgemein großes Interesse fand, beteiligten sich u. a. Loucheur und Lord Robert Cecil. Loucheur erklärte, daß alle Staaten an der Wirtschaftskonferenz teilnehmen müßten und daß ein Erfolg dieser Konferenz ohne Teilnahme Deutschlands nicht denkbar sei.

Um die Farben.

Im preuß. Landtag hat die Deutsche Volkspartei eine kleine Anfrage eingebracht, die sich mit dem Be- schlusse des Staatsministeriums beschäftigt, wonach In- haber von Dienstwohnungen oder städtischen Miet- wohnungen grundsätzlich nur dann, wenn das Dienstge- bäude selbst besetzt wird, und nur in den verfassungsmäßigen Farben schlafen dürfen. Es wird gefragt, wie diese Anordnung mit den verfassungsmäßigen Rechten aus Artikel 118 und 130 der Reichsverfassung zu ver- einbaren seien. Ferner befaßt sich die Anfrage mit einem Erlaß, in dem der Innenminister erklärt, daß er ent- schlossen sei, schwarz-weiß-rote Fahnen an kommunalen Dienstgebäuden durch die Polizei besetzen zu lassen. Die Anfrage verweist auf ein Urteil des Oberverwal- tungsgesichtes vom Jahre 1891, wonach bei Gelegen- heit des polizeilichen Verbotes einer roten Fahne der Grundbesitzer aufgestellt ist, daß ein solches Verbot nur dann rechtmäßig zulässig ist, wenn aus Tatsachen die Annahme wahrhaftig ist, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung durch den Gebrauch der Fahne unmittelbar ge- fährdet wird. Es wird gefragt, ob der Minister bereit sei, den Erlaß zurückzuziehen.

Räumungstermin der ersten Rheinlandzone noch unbestimmt.

Paris, 22. Sept. Die von einem Berliner Blatt veröffentlichte Meldung aus Köln, daß die erste Rhein- landzone im Laufe des November geräumt werden wird, wird von der Agence Havas als vollkommen aus der Luft gegriffen bezichtigt, da die Alliierten noch keinen Beschluß in dieser Richtung gefaßt hätten.

Spionageprozess gegen Unteroffizier Böner.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichtes hatte sich am Dienstag der frühere Unteroffizier Max Böner des Reichswehrregimentes in Münster in Westfalen zu verantworten. Er war des Ver- rats militärischer Geheimnisse und der Spionage angeklagt. In der Zeit von 1922 bis 1924 hatte der Angeklagte u. a. wichtige Schriftstücke und Akten, die im Interesse der Landesvertei- digung geheim gehalten wurden, einer feindlichen Macht und zwar dem französischen Botschaftssekretär gegen gute Bezahlung ausgehändigt. Der Angeklagte, der mit noch zwei anderen Reichswehrangehörigen in Verbindung stand, ist wiederholt nach Düsseldorf gefahren, um dem französischen Botschafts- sekretär militärische Geheimnisse zu verkaufen. Die beiden Mitschuldigen des R. sind bereits früher abgerichtet worden. Die Verhandlung gegen Böner fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil lautete gegen ihn auf 10 Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre und Beschlagnahme der bei ihm vorgefundenen 2000 Mark.

Ehrhardt will sich vor den ordentlichen Gerichten verant- worten. Kapitän Ehrhardt veröffentlicht in den Münchner Nachrichten eine Erklärung, wonach er es begründet, daß er sich durch die Ausschließung von der Armee öffentlich von der Anklage wegen Meineides und Beihilfe zum Meineid reinigen könne. Er lehne es nach wie vor grundsätzlich ab, sich vor dem Staatsgerichtshof zu verantworten, sei dagegen bereit, vor dem zuständigen ordentlichen Gericht zur Verhandlung zu erscheinen.

Die Hauptlinge des Ku-Klux-Klan freigelassen. Wie WTB. erzählt, sind Pastor Strohschein und sein Sohn, sowie die anderen Anhänger des Ku-Klux-Klan-Bundes entlassen wor- den. Bei Strohschein fr. hat das Gericht die sofortige Aus- weisung verfügt, weil er Amerikaner ist. Bei seinem Vater wird noch nachgeprüft, ob er sich zu Recht im Besitz eines deut- schen Passes befindet.

Marg in Wien. Reichskanzler a. D. Marg ist am Sonn- tag in Wien eingetroffen. Heute macht er beim Bundes- kanzler Dr. Kamek, beim Bundeskanzler a. D. Seipel und bei den beiden Ministern Dr. Rataja und Dr. Schneider Besuch. Heute abend wird er in einer Versammlung der katholischen Schul- und Erziehungsorganisation eine Rede halten.

Reine Wiedererhöhung im Oktober in Preußen. Laut „Vorwärts“ tritt für Oktober nach einer Mitteilung des preussischen Waffensprekministers keine Wiedererhöhung ein.

Scheidemanns Abschied von Kassel. Scheidemann hat sich am Montag als Oberbürgermeister von Kassel in einem Schreiben an den Magistrat verabschiedet. Er wird seinen Wohnsitz nach Berlin verlegen. Es ist selbstverständlich, so heißt es in dem Schreiben, daß er zukünftig am Sitz aller Zentralbehörden anwesend, jederzeit bereit sein wird, im In- teresse seiner Vaterstadt Hilfe zu leisten, wenn solche gewünscht werde.

Rund um die Welt.

Deutscher Sängertag in Nürnberg. Der Deutsche Sängertag hält am 21. Oktober in Nürnberg seinen 20. Sängertag ab. Das deutsche Sängermuseum, das in Nürnberg errichtet worden ist, soll bei dieser Gelegenheit eingeweiht werden.

Um die Amtsbezeichnung Bischof. In der Diensttagssitzung der brandenburgischen Provinzialsynode wurde ein Antrag D. von Gersdorff, die Generalsynode um Erlass eines Kirchengesetzes zu bitten, durch das den Generaloberintendanten die Amtsbezeichnung Bischof beigelegt wird, den Verfassungsausschuss überwiesen.

Kongress der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. In Bern wurde der Kongress der internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Anwesenheit der meisten Staaten Europas eröffnet. Als deutsche Vertreter sind Geheimrat Freund, Dr. Bernhardt, Gewerkschaftssekretär Splitt und Fräulein Mohrle, Mitglieder des Reichswirtschaftsrates erschienen.

Kongress über die Benennung der Kaufgüte. In Brüssel ist am Montag in Anwesenheit des Ministers des Innern ein internationaler Kongress zur Vereinheitlichung der Benennung der medizinisch angewandten Kaufgüte eröffnet worden.

Opfer des großen Krieges. Der Krieg hat, nach einer amerikanischen Zeitung, 18 Millionen Menschen getötet. Viele Toten, in Reich und Glied aufgestellt, besitzerten heute vor unserem Gedächtnis vor. Dieser Marsch wird erst in sieben Jahren zu Ende sein.

Hitler wird von allerhöchstem Auge beäugt. In der letzten völk. Versammlung in München, in der Hitler- und Ludendorff-Anhänger einander auf wüste Weise beschimpften, erwähnte der nationalsozialistische Abgeordnete Streicher in seiner Rede, daß der frühere Kaiser Wilhelm seine Gemahlin zweimal nach München geschickt habe, um sicheres über Hitler zu erfahren.

Gleisenbahnzusammenstoß. Ein Zug nach der Königsgrube fuhr bei Röllinghausen auf einen von Gassenkirchen kommenden Zug. 7 leere Wagen wurden vollständig ineinandergefahren.

Gemäldebstahl im Schloß Niederschönhausen. Im Schloß Niederschönhausen, das einer umfangreichen Erneuerung unterzogen wird, ist ein Gemäldebstahl entdeckt worden. Der Dieb, von dem bis jetzt noch jede Spur fehlt, hat drei wertvolle alte Oelgemälde aus den Rahmen geschnitten und diese leer hängen lassen.

Unter der Geißel des Lebens.

Original-Roman von J. Schneider-Hörsel. Urheberschaft durch Stuttgarter Roman-Zentrale G. Wermann, Stuttgart. (12. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.) Über Kelling dudete, nun er einmal seine Zustimmung gegeben hatte, keine Einwendung mehr. „Dise kommt mit mir, außer Benzl spricht ein Nein!“ sagte er und dabei blieb es.

mit Schwert und Lorbeerkranz in der Größe von 182x97 Zentimeter. Das dritte Bild, 26x30 Zentimeter groß ist von einem unbekannten Maler mit dem Zeichen B. S. 60. Es stellt ein Liebespaar in einem Kuhn dar.

Ein italisches Militärflugzeug von Polen beschlagnahmt. Am Dienstag landete ein italisches Militärflugzeug auf polnischem Boden im Wlknar Gebiet. Das Flugzeug wurde von den polnischen Behörden beschlagnahmt.

Darwins Sohn gestorben. Wie aus London gemeldet wird, ist in Cambridge Sir Francis Darwin, der Sohn des großen Naturwissenschaftlers Charles Darwin, im Alter von 77 Jahren gestorben.

Großfeuer bei Wien. In Kaiserebersdorf wurden in der Dampfmaschine Maloban, einer der größten Mühlen Oesterreichs drei Stockwerke des Hauptgebäudes vollständig eingestürzt.

Kommunistenverführung in Palermo. „Epoca“ meldet aus Palermo, daß die dortige Polizei ein kommunistisches Komplott entdeckt und 82 Kommunisten verhaftet habe.

Strafverfahren gegen französische Kommunisten. Gegen 12 Kommunisten, darunter den Geschäftsführer der „Humanité“, Bellanger und die Abg. Cahin und Doriot ist wegen eines in der „Humanité“ auf Veranlassung des Zentralkomitees veröffentlichten Aufsatzes gegen den Marokkokrieg, in welchem die französischen Soldaten zur Verbrüderung mit den Riffluten aufgefordert werden, das Strafverfahren eingeleitet worden.

Gegenbesuch deutscher Flieger in Japan. Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, hat der deutsche Aero-Club beschlossen, im nächsten Jahre auf dem Luftwege dem japanischen Volk einen Gegenbesuch abzustatten.

Rumänische Fliegeroffiziere als freiwillige Marokko-Kämpfer. Sechs rumänische Reserveoffiziere des Fliegerkorps richteten an die französische Regierung das Ersuchen, sie als Freiwillige in die Marokko-Armee einzustellen.

Geschenk des englischen Königs an MacDonald. Zur Erinnerung an seinen Besuch im Schloß Balmoral erhielt Ramsey MacDonald als Geschenk des Königs von England eine Geschichte der schottischen Landschaft.

Lady Curzon Kandidatin der Arbeiterpartei. Lady Cynthia Masley, Tochter des kürzlich verstorbenen Marquis Curzon, wurde einstimmig als Kandidatin der Arbeiterpartei für Stoke gewählt, wo im Augenblick Oberst John Ward, der sich keiner Partei angeschlossen hat, den Sitz im Parlament inne hat.

Meuterei in einem polnischen Gefängnis. Im Gefängnis von Szentotrysko bei Kielce, in dem sich gegen 500 Gefangene befinden, brachen Unruhen aus.

Das an der Straßenecke zum Bahnhof lag. Er hatte sein Reitpferd im „Wolf“ eingestellt. Auf der glasbedeckten Terrasse suchte er ein windgeschütztes, lauschiges Eckchen, bat Gräße an ihren Mann und dessen Mutter zu entrichten, und empfahl sich rasch.

Hollisten ein und bei dem nun folgenden Kampfe wurden sechs Gefangene getötet, elf Gefangene und zwei Hollisten schwer verletzt.

Doppelmord in Wien. In einem Wiener Stadthotel verübten am Dienstag zwei Reichsdeutsche, die sich in die Fremdenliste als Paul Trost, Apotheker aus Reichenbach im Voralp und seine Gattin Gisela eingetragen hatten, Doppelmord. Erst später wurde festgestellt, daß es sich nicht um die Gattin des Apothekers, sondern um die 22jährige Apothekergehilfin Gisela Christ aus Reichenbach handelte.

Gegen die faschistischen Landsturm. Zahlreiche in Neuwort wohnende Italiener haben in einer Versammlung eine Petition an das Staats-Departement gerichtet, worin sie um die Ausweisung der italienischen Faschisten ersuchen.

Die Untersuchung der Ehenandoo-Katastrophe. Am ersten Verhandlungstage des mit der Untersuchung der Ursachen der Katastrophe der Ehenandoo betrauten Reunerausschusses wurde durch die Aussagen von 21 Zeugen, die an Bord der Ehenandoo waren, der Eindruck verstärkt, daß das Luftschiff den Elementen zum Opfer fiel und daß nicht Fahrlässigkeit oder Konstruktionsmängel oder Unvollkommenheiten in der Ausrüstung die Schuld tragen.

Streik der Baumwollarbeiter. Die gesamte Baumwollindustrie in Bombay ist durch den Streik stillgelegt. Es befinden sich 125 000 Mann im Ausstand, die größtenteils in die Dörfer auswandern, um dort ihre Arbeit fortzusetzen.

Sozialistische Demonstration in Tokio. Aus Anlaß der Ankunft von vier Arbeiterdelegierten aus Sowjetrußland bei aus China eintrafen, kam es in Tokio zu sozialistischen Demonstrationen. Vor dem Bahnhof fanden Zusammenkünfte zwischen Polizei und Arbeitern statt, die eine Stunde dauerten.

Advertisement for Simson-Supra, Profos, Cleveland, Essex, and Gray cars, featuring a list of dealers and a contact for Kraftwagen-Vertrieb R. & M. Vogel.

Grauen für mich hätte. Aber wenn — wenn es so kommen sollte, dann bitte ich Sie, nicht für mich zu sprechen — sondern nur für meine arme Frau, und ihrem Vater zu sagen, daß kein Mädel auf ihr liegt,“ hatte Hartmann ihm erwidert.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Steuerreform des Jahres 1925.

(Fortsetzung).

VII.

Verbrauchssteuern.

1. Bier- und Kakaosteuer.

Zur Deckung des Finanzbedarfs des Reichs war es erforderlich, den Verbrauch entbehrlicher Genussmittel stärker als bisher zur Steuer heranzuziehen.

Dementsprechend ist die Biersteuer um 25% Prozent erhöht worden. Sie beträgt künftig 8 Reichsmark für die ersten 1000 Hektoliter der in einem Brauereibetriebe innerhalb eines Jahres erzeugten Biermenge und steigt bis auf 8,15 Reichsmark für je 1000 Hektoliter der 60 000 Hektoliter hinaus innerhalb eines Jahres in einem Betriebe erzeugten Biermenge. Die Steuerhöhe ermäßigt sich für Einfuhrbier und erhöht sich für Starkbier je um die Hälfte.

Bei der Tabaksteuer bleibt es für Zigarren, Rau-, Schnupf- und sonstigen Rauchtobak bei den bisherigen Steuerhöhen; nur für feingehackten Rauchtobak tritt eine Erhöhung der Steuer auf 45 Prozent des Kleinverkaufspreises ein. Dagegen sind die Böllzüge für Rohstoffe und Fertigerzeugnisse der Tabakindustrie durchweg erheblich gesteigert worden; so ist zum Beispiel der Zoll auf Rohtabak von 30 auf 80 Reichsmark je 100 Kilo erhöht worden. Für die Besteuerung der Zigaretten ist eine besondere Regelung hergestellt worden, die neben der bestehenden Fabriksteuer von 40 Prozent eine Materialsteuer in Höhe von 250 Reichsmark für je 100 Kilo des zur Zigarettenherstellung verwendeten Rohtabaks erhoben wird. Dabei ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, in dem Verhältnis der Belastung der Zigaretten mit Fabrik- und Materialsteuer mit Zustimmung des Reichstags Änderungen einzutreten zu lassen. Von dieser Ermächtigung ist in der Weise Gebrauch gemacht worden, daß die Fabriksteuer auf 20 Prozent und die Materialsteuer auf 900 Reichsmark festgesetzt worden ist.

2. Änderung von Verbrauchssteuern.

Das Gesetz für die in ihm behandelten Verbrauchssteuern (Wein-, Ländwaren-, Salz- und Zuckersteuer) die Änderungen zusammen, die sich im Laufe der Entwicklung aus wirtschaftlichen oder steuerrechtlichen Gründen als notwendig oder zweckmäßig erwiesen haben.

Eine Erhöhung der Steuern ist grundsätzlich damit nicht verbunden. Die Steuerhöhen werden nur insoweit geändert, als es zur Durchführung der vorgeschlagenen Steuerumstellungen erforderlich ist.

Bei den Weinsteuern. Das geltende Weinsteuergesetz ist teilweise umgearbeitet worden, da es durch mehrfache Änderungen unübersichtlich geworden war.

Hinsichtlich der Steuerhöhen tritt keine Änderung ein, die Steuer beträgt also weiterhin 20 Prozent, für Schaumwein (mit Ausnahme von Fruchtschaumwein) 30 Prozent; jedoch mit der Maßgabe, daß die Steuerhöhen sich für die Zeit bis zum 30. September 1927 um ein Viertel ermäßigen. Außerdem ist vorgeschrieben worden, daß ein Drittel der in der Zeit vom 1. Juli 1925 bis zum 30. Juni 1927 aufkommenden Weinsteuer zur Befreiung der Not des Winterstandes zu verwenden ist.

Bei den übrigen drei Verbrauchssteuern werden ebenfalls eine Reihe von Änderungen wesentlich steuerrechtlicher Art vorgenommen; außerdem wird die in der Inflationszeit eingeführte Besteuerung nach dem Werte der steuerbaren Gegenstände aufgegeben und statt dessen die früher übliche Besteuerung nach der Menge mit festen Steuerhöhen wieder eingeführt.

Die Ländwarensteuer beträgt danach künftig:

- 1. für Händhölzer, für Händpäpchen und für Händhähchen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen
- a) in Schachteln oder Behältnissen mit einem Inhalt von von weniger als 21 Stück 0,2 Reichspfennige, von 21 bis

- 30 Stück 0,3 Reichspfennige, von 31 bis 60 Stück 0,6 Reichspfennige für je Schachtel oder jedes Behältnis.
- b) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit einem Inhalt von mehr als 60 Stück 0,6 Reichspfennige für je 60 Stück oder einen Bruchteil davon.

2. für Händbergen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen

- a) in Schachteln oder anderen Behältnissen mit 20 oder weniger Händbergen 2 Reichspfennige für jede Schachtel oder jedes Behältnis;
- b) in größeren Packungen für je 20 Händbergen oder einen Bruchteil davon 2 Reichspfennige.

Die höheren Steuerhöhen treten nicht ein, wenn die angegebenen Stückzahlen um nicht mehr als 10 Prozent überschritten werden.

Für Zucker ist die Steuer auf 21 Reichsmark für je 100 Kilogramm festgesetzt; Stärkezucker unterliegt einem ermäßigten Steuerfuß von 8,40 Reichsmark für je 100 Kilogramm.

Die Salzsteuer beträgt 3 Reichsmark für je 100 Kilogramm; Salz, das für landwirtschaftliche oder gewerbliche Zwecke verwendet wird, ist von der Steuer befreit.

Für das Gebiet der Verbrauchsbesteuerung ist schließlich noch von Bedeutung, daß nach den neuen Bestimmungen über den Finanzausgleich (siehe unter 9) Getränkesteuern der Gemeinden oder Gemeindeverbände nicht neu eingeführt werden dürfen. Die an diesem Tage geltenden Steuerhöhen dürfen nicht erhöht werden. Mit dem 31. März 1927 soll das Recht der Gemeinden und Gemeindeverbände, Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Getränken zu erheben, erlöschen. (Fortsetzung folgt.)

Schlichter und Arbeitskampf.

16 480 Streitigkeiten im Jahre 1924.

Im Reichsarbeitsblatt vom 1. September ist eine Statistik veröffentlicht, die die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden im Jahre 1924 registriert. Aus der Zusammenstellung der Schlichtungsausschüsse geht hervor, daß 119 Schlichtungsausschüsse mit 21 selbständigen Zweigstellen sich mit der Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten beschäftigt haben. Von den 16 480 Schlichtungsverfahren wurden nach der Statistik erledigt:

- 1. Vor Anberaumung der Verhandlung 1834
- 2. im Vorverfahren 2310
- 3. im Verfahren vor der Schlichtungskammer 11533
- 4. auf andere Weise 994

Von den vor der Schlichtungskammer ausgetragenen Fällen (Ziffer 3) wurden erledigt:

- 1211 durch Einigung
- 9460 durch Schiedsspruch
- 892 durch sonstigen Beschluß.

In 4402 Fällen wurde der Schiedsspruch von beiden Seiten angenommen und in 4908 Streitigkeiten erfolgte die Ablehnung des Schiedsspruches durch einen oder beide Teile. Die Zahl der Streitigkeiten, die für ein Verfahren auf Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter — also für den sogenannten „Zwangseingriff“ — theoretisch in Betracht kamen, betrug nur knapp ein Drittel aller vor den Schlichtungsausschüssen bearbeiteten Streitfälle. Ueber zwei Drittel der Verfahren konnten bereits erledigt werden, ohne daß die Voraussetzung für eine Verbindlichkeitsklärung — Ablehnung des Schiedsspruches durch die eine Partei — gegeben wurden. Die Befreiung von zwei Dritteln aller Streitigkeiten beruhte durchaus auf freiwilliger Entschliebung, da es zur Anwendung eines Zwanges nicht gekommen ist. Nach der Tabelle lagen insgesamt 3306 Anträge auf Verbindlichkeitsklärungen vor. Die Gesamtzahl der Anträge bleibt schon wesentlich hinter der Zahl der von den Parteien abgelehnten Schiedssprüche zurück. Nach nicht in einem Viertel aller Fälle wurde, wie die Zusammenstellung zeigt, die Verbindlichkeitsklärung ausgesprochen. Der größte Teil der Anträge wurde durch

eine Einigung der Parteien noch vor dem Schlichter gegenstandslos. In Hamburg war es möglich, in 100 Prozent aller eingeleiteten Verfahren zu einer Einigung zu kommen, so daß für Hamburg keine ausgesprochenen, aber auch keine abgelehnten Verbindlichkeitsklärungen zu verzeichnen sind.

Noch erwähnt sei, daß Ende Juni 1925 insgesamt 1302 allgemein verbindliche Tarifverträge in Kraft waren, davon entfielen, wie uns der ADL. mitteilt, 681 auf die Angehörigen.

Die Tabellen über die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse und Schlichter lehren, daß nur in einer verschwindenden Anzahl aller Fälle ein unmittelbarer „Zwang“ erfolgte. Insgesamt 16 480 Streitigkeiten vor den amtlichen Schlichtungsausschüssen stehen nur 889 ausgesprochene Verbindlichkeitsklärungen gegenüber. Die amtlichen Schlichtungsbehörden haben zuerst auf eine Verständigung der Parteien hingearbeitet. Die Bemühungen in dieser Richtung waren zum weitaus größten Teil auch von Erfolg begleitet. Welches Bild würde unsere Wirtschaft gezeichnet haben, wenn diese 16 480 Streitigkeiten in direkten Arbeitskämpfen ausgetragen worden wären?

Tagung des Industrienausschusses

der Deutschen Volkspartei.

Der Industrienausschuss der Deutschen Volkspartei im 30. Wahlkreis Chemnitz-Weißwasser hat in seiner Tagung am 19. Sept. d. J. in Plauen zu der neuen Steuer-gesetzgebung Stellung genommen. Er verkennt nicht, daß diese den Weg der wirtschaftlichen Entlastung beschreiten will, muß aber feststellen, daß letztere noch nicht das notwendige Maß erreicht hat.

Die neuen Steuererlässe bewirken noch einen derartigen Überlast an Kapital, daß hierdurch nicht nur die Exportfähigkeit der Industrie gefährdet bleibt, sondern daß auch die unbedingt notwendige technische Verbesserung der Betriebe aufgehalten wird.

Weiter hält der Industrienausschuss die Entwicklung der Schlichtungspraxis für außerordentlich bedenklich. Eine Erhöhung der Nominalöhne ohne entsprechende Steigerung der Gütererzeugung muß erfahrungsgemäß verteuern wirken und kann daher den Arbeitnehmern nicht den erwünschten Vorteil bringen. Die Industrie muß aus diesem Grunde fordern, daß das Schlichtungswesen in einer wirtschaftsfreundlichen Weise als bisher gehandhabt wird.

Die Industrie erwartet, daß das Reich bei allen gesetzgeberischen Maßnahmen auf die tatsächlich vorhandene Notlage der Industrie Rücksicht nimmt.

Der Industrienausschuss warnt seine industriellen Parteifreunde, der neugegründeten deutschen industriellen Vereinigung beizutreten, da diese bestrebt ist, in die Industrie politische Momente hineinzutragen und dadurch die geschlossene Einheit der deutschen bzw. sächsischen Industrie zu stören.

Berliner Börse vom 22. September.

Tendenz: ruhig.

Die Geschäftsunlust der letzten Tage hielt bei Beginn des gestrigen Verkehrs im wesentlichen an. Der Auftragszuwachs seitens des Publikums war wiederum gering, so daß die Spekulation nur zu unwesentlichen Umschüßeln geneigt war. Es verblieb im Gegenteil noch das ungenügende Bild, das sich aus dem Transportbericht der Reichsbahn über den Monat August ergab. Die etwas lockbarer gehandelten Spezialwerte lagen am Anfang ebenfalls vernachlässigt. Ingesamt ergab sich gestern ein weiteres leichtes Abwärtsein der Aktienkurse.

Von Einfluß war hier auch die Verknappung des Geldmarktes, die sich mit dem Herannahen des Ultimos geltend machte. Die Nachfrage hat sich heute weiter verstärkt, doch war tägliches Geld außerordentlich reichlich vorhanden. Eine Veränderung der Leihzinsen trat daher nicht ein, so daß täglich Geld mit 8 bis 9% Prozent und Monatsgeld mit 10 bis 11% Prozent zu hören waren.

Kunst und Wissenschaft.

Operetten-Aufführung der Dramatischen Gesellschaft Aue im Bürgergarten. Warst Du, lieber Leser, schon einmal im Lande des Mikado, in Japan, in Titipu? Hast Du die Bewohner dieses fernen Reiches kennen gelernt, gelächelt, die Augen schiefgeschlüsselt, phantastisch bunt gekleidet, die Männer übertrieben höflich, die Frauen zierlich, hold entgegenkommend? Wenn nicht, so hast Du Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen, wenn Du die burleske Operette von Gilbert mit der Musik von Sullivan siehst und hörst. Der Sinn des Wertes? Ein lustiger Unfuss: Eine Hofdame des Mikado, Katisha, in höheren Semestern lebt den jugendlichen Rami-Bo, einzigen Sohn des Herrschers, der sie verschmäht, steht, und sich, als Musikant verkleidet, in Zum-Zum, ein Knecht des Hofes, Verheiraten Justizierungs-Oberscharführers und hebeligten Hauptoperateurs in Titipu, verliebt. Nach einer Reihe von komischen Ver- und Entwicklungen, an denen Pook-Wah, Staatsbeamter für Alles und Nichts, ein Edler, wesentlich beteiligt sind, tröstet sich Katisha mit dem Herrn Oberscharführer, Rami-Bo bekommt seine Zum-Zum, der Mikado gewährt Verzeihung, und alles ist sich in eitel Freude und Wohlgefallen. Die Musik Arthur Sullivans ist charakteristisch, melodisch, eingängig. Herr Studienrat Dohlsfeld hat in monatlicher Arbeit das Werk einstudiert und die flotte Wiederkehr gab Zeugnis von seinen unendlichen Mühen. Das spielerisch Besseres geleistet wurde als gefänglich, ist verständlich, zumal alle Rollen — mit einer Ausnahme — mit Bewusstseins des Wertes besetzt waren. Die Vertreter des Rami-Bo und des Pook-Wah seien ob ihrer gefanglichen Leistung besonders genannt und der quackelbrille Rami-Bo, Pook-Wah und Gehilmer Temperatur-Kommissar als wahres Verpetuum mobile dazu. Musikalisch hielt Herr Dohlsfeld alles straf zusammen: Orchester, Chor und Solisten folgten willig seinem Stabe. Die Spieler waren mit Eifer dabei, vor allem Zum-Zum und ihre beiden Schwestern, und Herr O. Gemma, der Gesamtregisseur, waltete umsichtig seines verantwortungsvollen Amtes und sorgte dafür, daß alles „Klappte“. Ein ständiger fröhlicher Zug wird den weiteren Aufführungen zugute kommen. — Wenn Du, lieber Leser, ein

paar harmlos-fröhliche Stunden erleben willst, dann besuche eine Mikado-Aufführung und erlebe einen heiteren „Tag in Titipu“.

Auer Volksbühne. „Der Erbsenbör“ von Otto Ludwig. Am gestrigen Abend wurde die Spielzeit der Auer Volksbühne mit Otto Ludwigs „Erbsenbör“ eröffnet. Otto Ludwig zählt unstrittig zu den großen Dramatikern. An Kühnheit des Aufbaues und sicherer Führung des dramatischen Konfliktes erreicht er zwar seinen großen Zeitgenossen Heibel nicht, ist ihm aber an Tiefe der Charakteristik ebenbürtig und übertrifft ihn durch eine fast dämonische Macht der Stimmung. Unmöglich ist es, sich der Außeracht zu erziehen, mit der der Dichter in seiner düsteren bürgerlichen Tragödie „Der Erbsenbör“ den ganzen Wald in die Handlung hineinzuziehen läßt. Nicht jedermann kann diese wichtige unerlässliche Tragik ertragen, sie bildet aber das beste Gegengewicht gegen schwächlichen Zeitgeschmack und leichte Unterhaltungssünde. Die Stärke des Dichters voll zur Geltung gebracht zu haben, ist das Verdienst der Juidauer Künstler. Das Spiel war kein abgestimmt und die Rollen gut besetzt, das es schwer ist, Einzelleistungen besonders hervorzuheben. Dank können allen, die zudem unter den mäßigen Auer Theaterverhältnissen genau so zu leiden haben, wie die Zuschauer. Denn die großen Nachteile unserer Bühnenverhältnisse zeigten sich gestern wieder besonders stark durch die langen Pausen, die durch die häufigen Remondbungen nötig waren, und durch das Dämmern und Klappen, das so besonders stimmungsfördernd wirkte. Einer praktischen Neuerung sei noch gedacht: Die hinteren Stühle im Saal sind so erhöht worden, daß auch von den letzten Rängen aus ein vollständiges Uebersehen der Bühne möglich ist. Auf jeden Fall zeigte die gestrige Eröffnungsvorstellung, wie die Auer Volksbühne demüht ist, durch künstlerische Darbietungen und Abstellung vorhandener Mängel ihren Mitgliedern zu bieten, was bei unseren Auer Verhältnissen nur möglich ist. Darum ergeht immer wieder an alle Kreise unserer Stadt der Ruf: „Werbet Mitglieder der Auer Volksbühne“.

Idealismus im Theater. Angesichts des steten Rückganges der deutschen Theaterkultur, insbesondere des allmählichen Aussterbens einer echten, feigen Ensemblekunst hat sich bei

junge Intendant des Schauspielhauses Reddinghausen, Herbert Kuchensack, früher Oberregisseur in Bochum-Duisburg entschlossen, nach Berlin zu ziehen, aber schon fast vergessenen Traditionen ein neues Theater aufzubauen. Er hat sich ein Ensemble von jungen begeisterungsfähigen Menschen zusammengestellt, denen sein künstlerischer Plan das Bewußtsein eingebläht hat, daß die Arbeit am Neuaufbau eines Theaters, das um der Kunst willen und nicht um der Gagen willen da ist, wichtiger sei, als das Interesse des Einzelnen. Die meisten der Schauspielers kommen von ersten Theatern und spielen hier willig nicht etwa nur kleine, sondern sogar stumme Rollen. Man kann Kuchensack nur aufs Herzlichste wünschen, daß seine künstlerische Arbeit Erfolg haben und dazu führen möge, daß wenigstens an einem Platze in Deutschland ein echtes Kunsttheater wieder ins Leben tritt.

Gesamtansgabe der Werke Fods. Der Finkenwärders Fischerhohn Hans Finau, mit seinem Schriftstellernamen Gorch Fock, der in der Stagerasschlacht 1916 geblieben ist, ist zum Volksdichter geworden: in über 600 000 Exemplaren sind insgesamt seine Bücher bereits verbreitet. Aber eine Gesamtansgabe seiner Werke fehlte bisher. Jetzt zeigt der Verlag Borg Fods an, daß zu Anfang des Oktober eine solche Ausgabe der gesammelten Werke erscheinen wird, herausgegeben und mit einer Lebensbeschreibung versehen von des Dichters Bruder Jakob Finau. Dieser Jakob ist übrigens der dritte Sohn der einfachen Finkenwärders Fischerfamilie der Finau, der schriftstellerlich hervortritt, er hat im vorigen Jahre den erfolgreichen Roman „Die See ruft“ herausgebracht, während Rudolf Finau, ein anderer Bruder, schon seit Jahren mit seinen ausgezeichneten plattdeutschen Erzählungen im niederdeutschen Sprachgebiet ein viel gelebter Autor ist.

Die Kunstsammlung des Seifenknigs. Der Verkauf der Kunstsammlung des kürzlich verstorbenen Seifenknigs und Verlegers der Sunlight-Seife, Barons Verchulme, deren Wert auf 250 000 Pfund geschätzt wird, und die das Ereignis des Kunstmarktes der nächsten Zeit sein sollte, wird nicht in England stattfinden. Die Anderson-Galerie in New York hat den Testamentsvollstrecker ein Angebot gemacht, die Sammlung in New York zu verkaufen, das so plausibel ist, daß diese angenommen werden.

Aus Stadt und Land.

Mus. den 23. September 1925.
Herbst.

Von Otto Franz Hoff.

Wächterengel beweist der Mond
den der Herbst vom Himmel freit.
Was die Sommernacht verschönt,
opfert sich der Reichen List.

Ernte will nicht Reinheit sein.
Dampf verspüren wir den Kreis.
Unsere Schläfen fallen ein,
schattig und geisterweh.

Unser Atem weht und leucht
Einsamkeit verschlingt uns ganz.
Aus dem Haar, verweht und leucht,
Wesen wir den Sommertraum.

Aus dem Hirn, das ohne Ruh,
Wesen wir das bittere Ich.
Aber fern verklingt das Du,
Kamale Stachel, Kummerlich.

Sammlungen der Zeppelin-Gäner-Spende im Oktober und November.

Berlin, 22. Sept. Der Reichsausschuß für die Zeppelin-Gäner-Spende schreibt: Zahlreiche uns vorliegende Anfragen veranlassen uns zu folgenden Feststellungen: Die im Anschluß an die Friedlichshafener Tagung geflozogenen Besprechungen haben zu dem Ergebnis geführt, die Hauptaktivität, vor allem die geplante Zeppelin-Gäner-Woche, die Straßensammlungen usw. in die Monate Oktober und November zu verlegen. Maßgebend für diesen Entschluß war die Erwägung, daß in vielen Teilen des Reiches die großen Ferten sich bis in die zweite Septemberhälfte erstrecken, daß die Beendigung der Ernte in den ländlichen Kreisen eine höhere Geldflüssigkeit herbeiführen und daß Zeit gewonnen werden sollte, die einzelnen Sammlungen gründlich vorzubereiten und die mancherlei zeitraubenden Formalitäten zu erledigen, die mit der Einholung der Genehmigung zur Sammlung bei familiären deutschen Freistaaten nun einmal verbunden sind. Daß die Spenden angesichts der schlechten Wirtschaftslage nicht in dem Ausmaße und dem Tempo wie nach Götterdingen einlaufen würden, war von vornherein klar und deshalb ist bereits vor Monaten ein Arbeitsplan aufgestellt und dann später in Friedlichshafen gebilligt worden, der von den bisherigen Sammelmethode, die an sich erprobt, aber für die derzeitige Wirtschaftslage nicht geeignet sind, grundsätzliche abweicht und darauf abgestellt ist, kleine und kleine Beträge reißlos zu erfüllen. Der Aufbau, der dafür erforderlichen Organisation erfordert indessen trotz fleißiger Arbeit Zeit, und deshalb müssen wir an unsere Freunde im Lande die Bitte richten, noch etwas Geduld zu haben. Es wird in den nächsten Wochen jedem Gelegenheit geboten werden, sein Scherlein beizugeben, auch wenn es so klein ist, daß es nicht in der Zeitung quittiert zu sein wünscht oder es sich nicht verlohnt, damit zur Bank oder zum Postamt zu gehen. Es hat sich bislang alles planmäßig entwickelt, und wenn jeder seine Pflicht tut, wird trotz der Unbillen der Zeit ein voller Erfolg erreicht und Zeppelins Wert dem deutschen Volke erhalten bleiben.

Verlängerung der Landespaßschußverordnung. In der Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer wurde u. a. Beratungsgegenstände die Frage der Verlängerung der Landespaßschußverordnung behandelt. Nachdem durch eine Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 13. Juli 1925 die Paßschußverordnung des Reiches als Reichsrahmengesetz in neuer Fassung erschienen und bis zum 30. September 1927 verlängert ist, besteht auch für die sächsische Regierung Veranlassung, der Frage der Verlängerung der Landespaßschußverordnung vorzutreten. Die Landwirtschaftskammer hat sich hierbei zu einer Reihe von Fragen gutachtlich zu äußern, die sowohl die Verlängerung der Landespaßschußverordnung an sich, als auch die Änderung von materiellen Bestimmungen derselben betreffen. Die Landwirtschaftskammer hat sich dafür ausgesprochen, daß mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage der Landwirtschaft eine Verlängerung der Landespaßschußverordnung um ein weiteres Jahr eintreten möchte, jedoch mit der Maßgabe, daß mit Rücksicht auf die kurze Befristung derselben von irrtümlichen Änderungen der materiellen Bestimmungen abgesehen werden möchte.

Die nächste Sitzung der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen findet — wie die Presseabteilung der Landwirtschaftskammer mitteilt — am Montag, den 2. November, mittags 12 Uhr im Ständehaus in dem Sitzungssaal der früheren 1. Kammer statt.

Unfall. Am 22. September 1925, gegen 5 Uhr nachm., ereignete sich auf dem Neubau des Beamtengebäudes der Landespolizei am Niederschlemaer Weg ein bedauerlicher Unfall. Der Klempnergehilfe Ernst Lang, hier, Wehnerstr. 26 wohnhaft, war damit beschäftigt, vom 2. Stockwerk aus die Dachfenster abzudecken. Durch Loswerden eines Schieferiegels, auf welchem Pfosten lagen und Lang stand, rutschte Lang mit samt dem Pfosten ab und stürzte ca. 10 Meter in die Tiefe. Herr Dr. med. Luchscheerer, der sofort zur Stelle war leistete die erste Hilfe. Er stellte fest, daß der Verunglückte eine Quetschung der Brust und des Oberkörpers mit Stauung der Wirbelsäule davongetragen hat. Eine unmittelbare Lebensgefahr soll nach Ansicht des Arztes nicht bestehen. Lang wurde mittels Krankenwagens durch die hiesige freie Sanitätskolonne nach der ältesten Wohnung gebracht.

Rabfahreranfall. Heute mittag gegen 1 Uhr kürzte ein Radfahrer auf der alten Bodaner Straße in der Kurve nach dem Eichert, ohne sich ernste Verletzungen zuzuziehen.

Tod auf der Straße zusammengebrochen. Heute vormittag gegen 11 Uhr stürzte vor dem hiesigen Postgebäude ein ca. 60 Jahre alter Professor D. Rudolph aus Weerans zusammen. Der sofort herbeigerufene Polizeiarzt Dr. Luchscheerer stellte Tod durch Herzschlag fest.

Ein Schwanenpaar wurde in der Nacht vom 22. zum 23. September gegen 12 Uhr auf der Holzleimwache abgeliefert. Dieselbe wurde auf dem Niederschlemaer Weg, in der Nähe der Boge, gefangen und getötet.

Verleuten gegangen sind in letzter Zeit von verschiedenen hiesigen Personen mehrere Geldbeträge. Die ehrsüchtigen Forderungen werden gebeten, diese in der Holzleimwache abzugeben.

Einige Hundebesitzer liegen in der Holzleimwache zur Abholung bereit.

Verbandstag der Vereine ehemaliger Realschüler Deutschlands e. V. Der Verband der Vereine ehem. Realschüler Deutschlands e. V. Sitz Leipzig, hielt am 18., 19. und 20. September in Jena unter Leitung des 1. Vorsitzenden Kaufmann Otto Schlag-Leipzig seinen 7. ordentlichen Verbandstag ab, der von den Vereinen stark besucht war. Die Tagung wurde am Freitag abend mit einer Vorstandssitzung im Hotel Kaiserhof eingeleitet. Am Sonnabendnachmittag fand im Saale des historischen Burgtheaters eine Vertreterversammlung statt in der geschäftliche Angelegenheiten erledigt wurden. Aus dem Jahresberichte ist zu erwähnen, daß dem Verbands 50 Vereine, die sich über alle Gauen des Reiches verteilten, mit rund 6000 Mitgliedern angeschlossen sind. Der Kassenericht für das Geschäftsjahr 1924/25 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 6022,24 Mark. Der Haushaltsplan für 1925/26 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 8010 Mark. Es wurden die neuen Satzungen und die Geschäftsordnung beschlossen. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; außerdem für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder die Verbandsbrüder Liebald, Reinecke, Härtel, Sonntag und Riemann neugewählt. Das Nachrichtenblatt des Verbandes ist zu einer Verbandszeitung der Vereine ehem. Realschüler Deutschlands umgestaltet, die vom Geschäftsführer Prof. Dr. König-Leipzig geleitet wird. Dem Schriftleiter wurde für die Leitung und den Ausbau der Zeitung vollste Anerkennung gezeigt. Nach Schluß der Vertreterversammlung fand am Abend im Hotel zum Stern eine in allen Teilen bestens verlaufene Versammlung statt. Am Sonntag vormittag wurden die Beschlüsse der Tagung der Stadt einfließt, des Zeit-Planetariums beschließt. Anschließend wurde am Ehrenmal der Oberrealschule ein Kranz niedergelegt. Dort hielt in der Aula der Oberrealschule der Stadtordnerte Krimm-Leipzig in Gegenwart von Vertretern der Staats-, Stadt- und Schulbehörden einen Vortrag über das Thema „Gegen das fliegende Realschülerjahr“. Auf Grund des beifällig aufgenommenen Vortrages wurde folgende Entschiedenheit angenommen: „Der Verband der Vereine ehem. Realschüler Deutschlands fordert von allen Reichs-, Landes- und städtischen Behörden für alle die mit Erlola den sechsjährigen Kursus der höheren Schulen absolviert haben, aufs eindrucksvollste die Zurückgabe ihrer Berechtigungen der Anwartschaft auf die gehobene nichttechnische Beamtenaufbahn und bittet um Schutz gegen alle Vorenthaltung und Behinderung der durch lange Jahre treulich bewährten sechsjährigen Realschule als der unerreichten Bildungshätte weitestgehenden Schichten des werbenden Mittelstandes.“ Nach gemeinsamen Mittagessen wurde ein Ausflug in die Umgebung der Stadt unternommen.

Wie mit geringstem Zeitaufwand gemacht, gekürzt und abgekürzt werden kann, wird ein Vortrag am Donnerstag, den 24. September, nachm. 5 Uhr im Hotel Burg Wettin zeigen. Da der Vortrag von einer erstklassigen Fachlehrerin gehalten wird und mit interessanten praktischen Vorführungen verbunden ist, darf wohl mit einer starken Beteiligung der Hausfrauen- und Mädchenwelt Wues gerechnet werden.

Leuter. Betriebsunfall. Auf dem Holzplage der Firma Papierfabrik E. Th. Landmann stürzte ein Stoß ausgeschleierter Schleifhölzer ein. Der in der Nähe stehende Arbeiter Hölzer wurde dabei von einem Schleifholz getroffen und auf ein vorüberführendes Gleis geschleudert. Er schlug mit dem Kopfe auf die Schiene und erlitt einen schweren Schädelbruch und Gehirnerschütterung.

Schwarzberger. Bildungsobmannertagung des D. V. B. Der Kreis Frauen-Zwischen des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes hielt am 20. September in Schwarzberger seine Bildungsobmannertagung, die außerordentlich gut besucht war, ab. Der D. V. B. hatte es immer als seine vornehmste Aufgabe betrachtet, Bildungsarbeit zu treiben, die sich erstreckt auf Berufsbildung und Allgemeinbildung. Die Pflege edler deutscher Geselligkeit soll dabei nicht zu kurz kommen. Die Schwarzberger Tagung hatte die Aufgabe, auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen Richtlinien für die Bildungsarbeit für das Winterhalbjahr 1925/26 aufzustellen. Der Ausbildungsobmann Plesch-Leipzig gab in großen Zügen ein Bild über die bisher geleistete Arbeit, das der Vertreter der Bildungsabteilung des Verbandes Benno Plescher-Spandau in verschiedenen Punkten noch ergänzte. Verschiedene Bildungsobmänner aus den Ortsgruppen referierten über ihre Arbeitspläne, aus denen hervorging, daß überall in verstärktem Maße der Bildungsarbeit höchste Bedeutung beigemessen wird. In einem vordem Schlußwort sagte der Kreisobmann Plescher-Leipzig das Ergebnis dieser Tagung zusammen mit der Bitte, ein freier Stand in einem freien Volke zu werden.

Oberwiesenthal. Jahrmarkt. Am 28. und 29. September findet hier Jahrmarkt statt.

Thaden. Schadenfeuer. Hier löschte am Montag ein Schadenfeuer das Wohnhaus des Bergarbeiters Thuß in kurzer Zeit vollständig ein. Vier Familien, von denen drei nicht versichert sind, wurden obdachlos. Thuß, der der freien Feuerwehr seit 33 Jahren angehört und bei vielen Bränden so manches Stück Gutsrat retten half, ist bei dem Brande fast um seine ganze Habe gekommen.

Delitzsch l. Erg. Schulzahnklinik. Im Stadtstelle Rudolph ist seit Anfang September d. J. durch das Wohlthätigkeits-Vorsteheramt der Amtshauptmannschaft Stollberg für die Städte Delitzsch l. Erg. und Lugau eine Schulzahnklinik eröffnet worden, deren Leitung Zahnarzt Dr. Bahje in Delitzsch übernommen hat.

Witten. 150jähriges Bestehen der Sanktstrafanstalt. Die Landesstrafanstalt 1 im ehemaligen Schloß Osterstein, im Wittenauer Volksmund allgemein die „Grapenmühle“ genannt, konnte auf ihr 150jähriges Bestehen zurückblicken. Das „Gute“ und „Arbeitshaus“ wurde 1775 mit 14 Mann eröffnet. Jetzt werden in der Strafanstalt alle über 18 Jahre alten

nicht erheblich verbestimmten Männer aus dem Sanktstrafbezirk in Saugen, Witten, Witten und Zwissau untergebracht.

Zwissau. Vereiteter Selbstmord. Ein Ehemann, der mit seiner Ehefrau in Streitigkeiten gerieten war, nahm sich die Sache so zu Herzen, daß er in die Stube gehen wollte. Im letzten Augenblick konnte er daran gehindert und in seine Wohnung zurückgebracht werden, wo er kurz zuvor auch schon einen Selbstmordversuch unternommen hatte.

Witten. In der Jauchegrube erstickt. Die 33jährige Arbeiterin Dr. in Polenz fiel bei einem Unfall von Krämpfen in die Jauchegrube und fand darin ihren Tod.

Witten. Selbstmord. Der in den 40er Jahren stehende Zahnarzt Schröder, Reichensbader Straße wohnhaft, machte Montag, nachdem er kurz vorher aus Leipzig zurückgekehrt war, seinem Leben durch Vergiftung freiwillig ein Ende. Angebliche sittliche und andere Verfehlungen bei Ausübung seines Berufes sollen das Motiv zur Tat gewesen sein. Er hinterläßt Frau und Kinder.

Witten. Autounfall. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend früh in der dritten Stunde fuhr ein von Eibenrod kommendes, nach Witten fahrendes Werkzeug-Automobil infolge dichtes Nebels und gefährlicher Kurve an ein altes, an der Staatsstraße stehendes Lehmhaus und drückte durch die Gewalt den Giebel ein. Menschenleben wurden nicht gefährdet.

Witten. Verleger Lauer †. Einem Schlaganfall erlegen ist der frühere Verleger der Neuen Vogtländischen Zeitung Hermann Lauer im 63. Lebensjahr. Lauer war Mitbegründer der Danziger Neuesten Nachrichten, gründete 1897 die Braunschweiger Neuesten Nachrichten und kam im Jahre 1921 nach Witten als Verleger der Neuen Vogtländischen Zeitung.

Witten. Selbstmord. Vom Treppenhause im dritten Stockwerk seiner Behausung abgestürzt hat sich am Sonnabend früh hier der verheiratete Bergarbeiter Armin Gerson. Er wurde tot aufgehoben. Der Verstorbenen ist 54 Jahre alt. Er dürfte diesen Schritt in geistiger Ummachtung getan haben.

Witten. Schwere Unfall. Dienstag vormittag fuhr ein mit ungefähr 100 Zentner Steine beladener Lastkraftwagen die Zwissauer Straße hinwärts. In der Nähe der ehemaligen Waldschlösschenbrauerei rief sich an dem Wagen eine Reite, wodurch die Bremse ausgeschaltet wurde. Das Fahrzeug streifte darauf die Pferde eines Kastenwagens und ließ gegen ein in gleicher Richtung fahrendes Aufschachtungsgerät, dessen Pferde in den Straßengraben geschleudert und von denen eines leicht verletzt wurde. Der Geschirrführer wurde vom Wagen geschleudert und überfahren. Infolge eines komplizierten Oberschlenkerbruchs mußte er nach dem Krankenhaus gebracht werden. Durch die herbeigerufene Feuerwehr wurde der Lastkraftwagen, welcher gleichfalls in den Straßengraben gelaufen war, wieder flottgemacht.

Witten. Tagung der Dorfkirchenfreunde. In der Zeit vom 4. bis 6. Oktober wird hier die erste Tagung der Dorfkirchenfreunde im Freistaat Sachsen abgehalten, zu der ein sehr starker Besuch aus Pommern- und Ostpreußen der Städte wie des Landes erwartet wird.

Witten. Schwere Autounfall. Am Sonnabend abend gegen 7 Uhr ereignete sich auf der Straße Dittersbach-Niederschlemaer ein Autounfall, bei dem ein Todesopfer zu beklagen ist. Ein mit mehreren Kindern und Damen besetzter Chemnitzer Wagen stürzte an einer Kurve um und kam so zu liegen, daß er den Chauffeur und mehrere Kinder unter sich begrub, während die anderen Insassen herausgeschleudert wurden. Dabei erlitt ein elfjähriges Mädchen den Tod, während der Führer eine Gehirnerschütterung und mehrere Verletzungen davontrug. Die übrigen Personen blieben unverletzt.

Witten. Wanderverbeginn. Heute vormittag haben die zwei hier untergebrachten Bataillone unsere Stadt verlassen, und zwar in der Richtung nach Zwickau und Buchholz. Die eigentlichen Wanderverbeginnen am 24. September in der Gegend Stollberg-Thum, und andererseits zwischen Marienberg-Annaberg. Die Schlusmanöver finden am 28. und 29. September zwischen Freiberg und Cederan statt.

Leipzig. Ein tödlicher Unfall ereignete sich am Dienstag vormittag gegen 9 Uhr in Probstheide. Ein 73 Jahre alter Profurist aus der Köfener Straße rutschte beim Aussteigen auf eine Straßenbahn ab und fiel unglücklich zwischen zwei Pferden und Wagen eines im gleichen Augenblick vorbeifahrenden, mit Pflastersteinen beladenen Geschirres. Dem bedauernswerten Mann ging das linke Vorderrad des schweren Fuhrwerks über die Brust, so daß er sofort tot war. Er wurde zunächst in eine nahegelegene Gastwirtschaft getragen und dann in das Institut für gerichtliche Medizin überführt. Darüber, ob fremden Personen, insbesondere dem Führer des betreffenden Geschirres, Mitschuld an dem Unfall beizumessen ist, sind sofort polizeiliche Erörterungen eingeleitet worden.

Leipzig. Opfer des Verkehrs. Am Sonnabend ist ein 24 Jahre alter Handbagist in der Nähe des Friedhofes Sellenhausen mit seinem Rade an einen Straßenbahnwagen angefahren und dabei schwer verletzt worden. Nach Anlegung eines Rotverbandes wurde er nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Dort ist der Verletzte am Sonntagmittag an inneren Blutungen gestorben.

Turnen, Sport und Spiel.

Sportklub „Eiche“ Hohenstein. Das Verbandsspiel in Hohenstein am Sonntag, den 20. d. M. „Eiche“ 1 gegen Ballspielklub Eibenstock 1 endigte mit einem Torverhältnis von 1:3 (Halbzeit 1:1).

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Aris Debes. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Postanstalt, m. u. A. W. W.

Carola-Theater

Wettinerstrasse

Donnerstag bis Sonntag
gelangen zwei erstklassige Meisterwerke der Filmkunst zur Vorführung

Lya de Putti in „Komödianten“

Ein Film in 5 Akten von Felix Salten.

In den Hauptrollen:
Lya de Putti, Eugen Klöpfer, A. E. Luho, Hermann Picha, Fritz Kampers
und zahlreiche weitere bekannte Filmdarsteller.

Hier sind zwei Welten, beide demselben Wollen entspringend und doch wie verschieden voneinander. Hier ist das Leben der Schmierenkommödianten und dort das große Theater mit den berühmten Schauspielern auf der Szene und dem verwöhnten Publikum im Parkett. Aber alle wirklich großen Schauspieler fangen dort unten an. Das ist die Romantik ihres Schicksals.

„Vererbte Schuld“

Ein Drama aus dem amerikanischen Farmerleben in 7 Akten.
Herrliche Naturaufnahmen und vorzügliche Filmgestaltung stempeln diesen Film zu einem Meisterwerk moderner amerikanischer Filmkunst.

Hierzu noch der Film der eleganten **Pariser Moden**
Paris-erleb in Naturfarben

Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 6 und 1/9 Uhr — Sonntags 3, 6 und 1/9 Uhr



Liest jeder was ihm Freude macht.

Meisters Buch-Roman

Romanzeitschrift für deutsche Haus.
Wöchentlich 25 Pf.

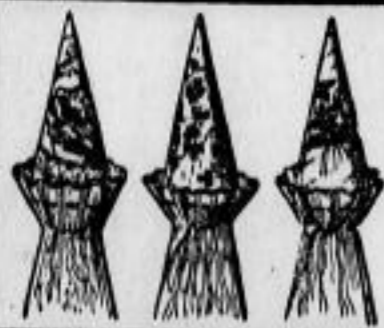
Nach Beendigung jeden Romans wird eine prächtige Einband-
bede in Halbleinen mit Goldprägung kostenlos geliefert.

Regenwärtig beginnt der spannende Roman

Das Haus der 1000 Lichter!

Roman von Meredith Nicholson

Geben Sie rasch Ihren Auftrag bei unserem Läger oder in unserer Ge-
schäftsstelle auf.



Erstklassige, holländische Blumen-Zwiebeln

Hyazinthen, Tulpen, Arosen, Narzissen,
Schneeglöckchen, Krokusse, Gladiolen,
Seilza usw. Hyazinthenblätter usw. empf.

Otto Zien, Samenhandlung,
Aue, Gortelstraße 18. Preisverf. 880.

Größeres Fabrikgrundstück

für jede Branche geeignet, in bester Lage von Ober-
u. G. Gärten, mit freien großen u. kleinen Werkstätten, in
zu verkaufen.

Offerten an: **Schiffers Nr. 1, Debersen i. Sa.**

Das Haus der guten Schuhe

empfiehlt: Prima
Rindbox-Damenhalbschuhe
gute Lederzuführung
Mk. 8.00.

Schuhhaus Kaiser
Markt 5.

Verbandsgründung!

Sehmann, Starke und Herr Groll,
setzen auf ein Protokoll
zu gründen einen Sportverein.
Da sagte Sehmann binn zu Groll:
„Dah sit mir nun doch bald zu toll,
wenn nur drei Mann statt der Vereen,
was für ein Sport soll es da sein?“
„Nabspart! Nabspart, ist der Gesundt,“
rief man aus dem Hintergrunde.
Die drei Gründer waren einfach platt,
weil noch keiner ein Fahrrad hat
und weil sie hätten nicht vernommen,
wo die Mannschaft war nur herkommen.
Sehmann, Groll und auch Herr Starke
fragen nach der besten Weite.
„Dütkopp! Dütkopp, ist die Weite,
die laufen leicht und sind auch feste,
auch stabil sind sie im Waue,
drum geht zum **Hüte Feih** nach **Aue**
(Wettinerstr. 26)
dort gibt es „Dütkopp“ u. W. R. G.
folgt unserm Rat, lebt wohl, Ade!“

Hilfe! Heilung!

findet jede franke Puppe in der
Puppenklinik Müllner, Aue,
Schneeberger Straße Nr. 24. — Ruf 872.
Damen- u. Herren-Haare — alle Erfaschte
Naturhaare-Perücken.

Wasserdichte Touren- u. Bergstiefel

nur la Qualitäten, in größter
Auswahl in
Schädliches Schuhwarenhaus
Markt 14 AUE Tel. 319

Einen Posten gebrauchte

Berand- kartons

hat billig abgegeben
Karletthaus Aue.

Zöpfe

färbt u. repariert billigt
in kürzester Zeit

Stern & Gauger

Zöpfe u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48 am Wettinplatz

Runkelrüben

zur Lieferung von Probi-
empfehlungs-
weise billigt
H. M. Trepte, Arnsdorf Sa.

Ein Frad-Anzug,

für Reiter passend, einmal
getragen, sowie ein

Jadett-Anzug,

für mittlere Figur, preiswert
zu verkaufen.
Carolinstraße 10, II I.

Flügel

(beaut), Preis 180 Mk., zu
verkaufen. Tausche auch auf
gutes neues Damenrad. — Zu-
eri. u. der Expedition d. Bl.

Laden

n guter Lage für Textilwaren
gekauft.
Off. unter N. T. 4825 an das
Auer Tageblatt.

Ein besserer Herr sucht einfach möbl. Zimmer

für längere Zeit,
Off. unter N. T. 4818 an das
Auer Tageblatt

Sie kaufen billig

Büchertafel
Küchentafel
Chaiselongs
Matrassen
Auflagen
Drahtmattagen
Bettstellen

Möbel-Schmidt,

Wibbertstr. 6 — Kein Laden

Wünschen Sie

eine Familienanzeige zu
veröffentlichen,
ein Geschäft oder einen
Besitz zu kaufen oder
zu verkaufen,
eine Geschäftsempfehlung
irgendwelcher Art zu
veröffentlichen,

so inserieren Sie

im „Auer Tageblatt“, das
infolge seiner weiten Ver-
breitung in allen Kreisen
Aussicht auf Erfolg bietet.

Die neuesten Wäschemangeln

(vollkommen gefahrlos)
bring die beste Einnahme.
Liste anerk. Reklamanten
gratis Ernst Herrschub,
Eggenberg 49,
Gründungs-Jahr 1860.

Salus-Stiefel!

Der einzig richtige Schuh gegen Senk- u. Plattfuß.

Alleinverkauf für Aue:
Schuhhaus Albert Schmidt
Wettinerstraße.

Diese Woche bringen wir einen Posten
Sandalen und Kinderschuhe
zu wirklichen Reklamepreisen zum Verkauf.

Schöner Teint zarte Haut

„5 Jahre habe ich alles vergebens versucht, um
meinen Teint zu verbessern, nun nach Ge-
brauch von nicht mal ganz einer Packung **Aok-
Seesand-Mandelsäure** habe ich einen
weißen, reinen Teint erhalten. K. Sch., A.“

Reich-Sesand-Mandelsäure ist im Fach-
geschäft **W. G. Müller** zu 0,20, 1,- und 2,50
Exterikultur G.m.b.H., Osteswold Kipberg.



Der sofort oder baldigen Antritt wird von auswärtiger
Firma ein erfahrener und zuverlässiger

Zuschneider

für Herrenwäsche unter besten Bedingungen gesucht.
Ihre erste Kostüme mit langjähriger Praxis und guten Refe-
renzen wollen Angebote unter N. T. 4789 an die Geschäfts-
stelle des Auer Tageblattes umgehend einreichen.

Kautschuk-Stempel

für jeden Bedarf liefert
Auer Tageblatt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem
Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

Frau Clara Wellner

geb. Voigt

sprechen wir nur hierdurch unseren

tiefgefühltesten Dank

aus.

Im Namen aller Hinterbliebenen

Max Wellner.

Auerhammer, 23. September 1925.